

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Carl L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) | Druck- und Verlagsanstalt: Carl L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) | Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezücker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl. in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhresdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 266

Freitag, den 14. November 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Auf Blatt 10 des Handelsregisters, betreffend die Firma C. G. Boden & Söhne in Großröhresdorf, wurde eingetragen:

Die Procura des Kaufmanns Felix Wions Sommer in Dresden ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 11. November 1930.

Folgende im Grundbuche für Ohorn M. S. — früher — auf den Namen des Bäckersmeisters Friedrich Max Gutmann in Ohorn eingetragenen Grundstücke sollen den 9. Januar 1931, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

- Blatt 83 bestehend aus dem an der Staatsstraße Pulsnitz-Bischowsberda gelegenen Wohngebäude mit Keller, Seitenflügel mit Bäckereibackofen, Keller mit Anbau, Scheunengebäude mit gewölbtem Stall, Auszugwohngebäude mit Scheune Nr. 281 des Flurbuchs für Ohorn und Ortsliste Nr. 213, nach dem Flurbuche 24 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 16 125 RM geschätzt. — Die Brandversicherungssumme beträgt 14 310 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, GVB. S. 72).
- Blatt 84 Wiese, Nr. 372 des Flurbuchs, nach dem Flurbuche 30,6 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 750 RM geschätzt.

3. Blatt 150 Feld, Nr. 277 und 280 des Flurbuchs, nach dem Flurbuche 84,3 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 1075 RM geschätzt.

4. Blatt 481 des Grundbuchs für Großröhresdorf Feld, Nr. 997 und 998 des Flurbuchs, nach dem Flurbuche 65,7 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 900 RM geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schöszungen, ist jedem gestattet (Zimmer 6).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 26. Mai 1930 verlaublichen Versteigerungstermins aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 12. November 1930.

Briand verteidigt Frankreichs Außenpolitik

Bohnkürzungen auch in England

Außenminister Briand, kürzlich begrüßt, führte in einer Kammerrede aus, daß die Mehrheit, wenn sie ihm einen Mangel an Entschlossenheit vorwerfen wolle, sich von ihm trennen müsse. Sicherlich fühle man eine gewisse Enttäuschung, wenn man bestimmte Reden deutscher Persönlichkeiten höre. Frankreich habe einem 60 Millionen zählenden Volke gegenüber, das nicht irgendein Volk sei, sondern sich aus disziplinierten, intelligenten und schaffenden Bürgern zusammensetze. Eine solche Nachbarschaft müsse einen Außenminister veranlassen, durch herzliche Abkommen bestehende Gefahren zu verringern. Artikel 19 des Versailler Vertrages erlaube das Studium gewisser Fragen. Wenn man einem Lande das Recht gibt, vieles Studium vorzunehmen, so heiße das noch lange nicht, daß das interessierte Land bereits gewonnenes Spiel habe. Durch den Locarno-Vertrag habe Frankreich von Deutschland das feierliche Versprechen erhalten, daß es niemals die Aenderung seiner Westgrenzen mit Gewalt antreiben werde. Und das sei viel. Wenn er der Mehrheit der Kammer nicht gefalle, so solle sie ihn zerreißern. Man dürfe aber nicht vergessen, daß es in Preußen eine Regierung gäbe, die urdemokratisch und republikanisch sei. Dies müsse genügen, um die Annäherungspolitik weiterzuführen.

Er müsse erklären, daß der Young-Plan nicht durch einen neuen Plan ersetzt werden könne. Deutschland habe jedoch das Recht auf ein Moratorium. Ein Antrag hierauf sei ihm, Briand, jedoch noch nicht bekannt, und falls dies geschehe, werde Frankreich sehen, was es zu antworten habe.

Man schimpfe über deutsche Reden, aber auch in Frankreich gäbe es Leute, die es liebten, sich passioniert auszudrücken. Unter ungeheurer Beifall der Kammer schloß Briand, mit erhobener Stimme in den Saal schreiend, daß er einer langamen Vergiftung die Kugel vorziehe. — Seine Ausführungen wurden verschiedentlich von den Rechtsradikalen unterbrochen, die ihm Friedensströmereien und romanhafte Schilderung seiner Außenpolitik vorwarfen.

Fortsetzung der Reichsratsarbeiten.

Ausgabenbegrenzungs-gesetz auch in 2. Lesung angenommen.

Die Ausschüsse des Reichsrats nahmen im weiteren Verlaufe ihrer Verhandlungen das Ausgabenbegrenzungs-gesetz auch in zweiter Lesung an. In erster Lesung wurden außer dem Realsteuergesetz auch die drei Wohnungsgesetze erledigt, nämlich das Gesetz zur Verbilligung des Wohnungsbauens, das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und das Wirtschaftsgesetz für den Kleinwohnungsbau. Die zweite Lesung dieser Gesetze soll in der nächsten Woche stattfinden. In einer Nachmittags-sitzung beendeten die Ausschüsse die allgemeine Ausfrage über die Haushalte des Reichsheeres und der Reichsmarine.

Ueber die zum Heer- und Marinehaushalt vorliegenden Aenderungsanträge wird voraussichtlich erst in der zweiten Beratung entschieden werden. Vor der Fortsetzung der Einzelberatung beim Wehrhaushalt sollen die Haushalte des Auswärtigen Amtes, des Reichsverkehrs- und des Reichsernährungsministeriums beraten werden.

Der Preisentungsausschuß tagt.

Unter Teilnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther.

Der vom Reichskabinett eingesetzte Ausschuss, der sich mit der Frage der Preisentung beschäftigt, trat am Donnerstag nachmittag zum ersten Male zusammen. Zu den Beratungen wurde auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther hinzugezogen. Der Ausschuss unterhielt sich zunächst ganz allgemein über die Möglichkeiten eines weiteren Preisabbaues. Es besteht das Bestreben, vorläufig keine gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, sondern die Preisherabsetzung im Wege freier Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Organisationen zu erreichen. Der Ausschuss befaßte sich auch mit der Frage, ob eine Ausdehnung der Rotterordnung des Reichspräsidenten über die Kartelle auf den Handel und das kleine Gewerbe möglich ist. Außerdem wäre die Frage zu prüfen, inwieweit auf eine Herabsetzung der Tarife im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Kohlenpreise gedrückt werden kann.

Das Programm des Preisentungsausschusses.

Systematische Einteilung des ganzen Arbeitsgebietes.

Der vor einigen Tagen gebildete Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen trat in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zusammen. Es nahmen unter anderem teil: Reichsbankpräsident Dr. Luther, die Reichsminister Dietrich, Dr. Stegerwald und Schiele, der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Trendelenburg.

In der ersten Sitzung wurde vor allem eine systematische Aufteilung des ganzen Arbeitsgebietes vorgenommen, um durch organische Zusammenarbeit, die auf Preisentung gerichteten Tendenzen mit aller Macht zu stärken. Eine Verlautbarung über das bisherige Ergebnis der amtlichen Maßnahmen wird morgen folgen. Die Beratungen des Kabinettsausschusses werden laufend fortgesetzt.

Verbilligung von Milch, Obst, Gemüse, Feinkost und Seefischen.

Das Reichsernährungsministerium setzt inzwischen seine Bemühungen auf Senkung der Lebensmittelpreise eifrig fort. Zunächst sind erneute Verhandlungen mit dem Milchhandel vorgezogen, da dem Ministerium die bereits für Berlin zugestandene Preisentung um 1 Pfennig nicht ausreichend erscheint. Mit tünlichster Beschleunigung sollen auch die in der amtlichen Mitteilung über die Besprechungen zur Preisentung auf dem Obst- und Gemüsemarkt erwähnten Maßnahmen zur fortlaufenden genauen Prüfung der Preisbildung und Preisbewegung für die derzeit wichtigsten Gemüse- und Obstsorten durchgeführt werden, zu der sich die beteiligten Verbände dem Ministerium gegenüber freiwillig verpflichtet haben. In den nächsten Tagen werden, wie verlautet, im Reichsernährungsministerium die Verhandlungen mit dem Feinkosthandel und dem Seefischhandel aufgenommen werden.

Herabsetzung des Kriegsmaterials.

Ein deutscher Antrag in Genf.

Die deutsche Abordnung hat dem Präsidium des Abrüstungsausschusses folgenden Antrag zugestellt:

Der Ausschuss beschliehe für sämtliche Landrüstungen, die direkte Herabsetzung des gesamten Kriegsmaterials. Von deutscher Seite wird namentliche Abbitmung über den Antrag zu Beginn der nächsten Sitzung des Ausschusses verlangt.

Die Bespizelung der Thüringer Polizei.

Das Reichsinnenministerium hat zu den Meldungen der thüringischen Regierung über eine Spionage innerhalb der thüringischen Beamtenschaft gegen die Regierung eine Erklärung abgegeben. Das Reichsministerium des Innern gibt dabei zu, daß ihm von verschiedenen Seiten Material über die Zustände in der thüringischen Polizei, insbesondere also über angebliche nationalsozialistische Betätigung der Thüringer Polizei zugegangen sei.

Die thüringische Polizei hat inzwischen bisher ohne jeden Widerspruch von irgendeiner anderen Seite festgestellt, daß mit Hilfe verschiedener Organisationen des Reichsbanners die thüringische Polizei bespizelt wurde.

Die thüringische Regierung hat eine Reihe von Polizeibeamten zur Disposition gestellt und ein Disziplinarverfahren eröffnet.

Lohnkürzungen auch in England

London. In England begannen am Donnerstag wichtige Lohnverhandlungen, die möglicherweise neue Krisen heraufbeschwören können. Die vier großen Eisenbahngesellschaften verlangen eine Herabsetzung der Wochenlöhne um 6 Schilling und eine Kürzung der Angestelltenbezüge, die zwischen 3 Schilling je Woche bis zu 400 Schilling im Jahre bei einem Verdienst von 7000 Schillingen betragen soll.

Der Nobelpreis für Chemie fällt an Deutschland

Stockholm, 13. November. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat am Donnerstagabend den Nobelpreis für Chemie dem Professor Hans Fischer von der Technischen Hochschule in München zuerkannt. Er erhielt den Preis für seine Arbeiten über die Konstitution der Blutfarbstoffe und für die Synthese des Hämins. — Damit sind insgesamt nicht weniger als 14 chemische Nobelpreise an Deutschland gefallen, d. h. mehr als die Hälfte aller überhaupt verteilten Nobelpreise für Chemie.

Der neue Nobelpreisträger für Physik

Stockholm, 13. November. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat neben dem diesjährigen Nobelpreis für Physik dem Inder Sir Chandrasekhara Venkata Raman aus Kalkutta zugesprochen. Der bekannte indische Physiker erhielt den Preis für seine Untersuchungen über Diffusion des Lichtes und die Entdeckung des nach ihm benannten Effektes.

Ausnahmezustand in Havanna

Newyork, 14. November. Wie aus Havanna gemeldet wird, hat die Regierung angeichts der gespannten Lage den Ausnahmezustand erklärt.

